

2

2026 / Reset der EZ?! Entwicklungszusammen- arbeit als Schlüssel zu nachhaltigem Frieden / **NACHHALTIGER FRIEDEN**

- 2.1** ↘ Aktueller Zustand der EZ
- 2.2** ↘ Globale Koordination der EZ
- 2.3** ↘ EZ und Frieden: Die vernachlässigte Dimension
- 2.4** ↘ EZ als politisches Instrument

↓ EMPFEHLUNGEN

2

70

1 Multilaterale EZ-Institutionen gezielt stärken

Deutschland sollte Kernbeiträge an Weltbank, UNDP und UNHCR sichern und deren Reformprozess unterstützen. Statt nationaler Alleingänge, die Fragmentierung und Kosten erhöhen, gilt es, Koordination und Wirksamkeit multilateraler Programme einzufordern.

2 Europäische EZ ausbauen

Durch eine bessere Koordination und das Zusammenlegen von Ressourcen kann der Beitrag der EU-Länder in definierten Bereichen globaler EZ (wie etwa Gesundheit) wirkungsvoller eingesetzt und auch das Gewicht der EU-Länder in den entsprechenden multilateralen Institutionen gestärkt werden.

3 Gleichgesinnte Partner jenseits der EU suchen

Zur Bündelung von Finanzierung, Expertise und politischer Rückendeckung sollten proaktiv themenbezogene Koalitionen mit Gleichgesinnten wie Kanada und Staaten des Globalen Südens aufgebaut werden. Gemeinsame Prioritäten, arbeitsteilige Zuständigkeiten und abgestimmte Botschaften erhöhen Wirkung trotz Kürzungen.

4 Transaktionale Ausrichtung vermeiden

Die strategische Neuausrichtung der EZ darf nicht dazu führen, dass Interessen gegen Werte plakativ ausgespielt werden. Es muss deutlich gemacht werden, dass nachhaltige, friedensorientierte EZ im langfristigen Interesse aller Länder ist.

5 Nachhaltigen Frieden als Leitziel verankern

EZ muss an Standards festhalten („do no harm“, SDG 16) und das Konzept nachhaltiger Frieden im Entwicklungsdiskurs verankert bleiben. Um Friedensengagement zu sichern, muss die Bundesregierung zivile Fähigkeiten zur Konfliktbearbeitung und friedensorientierte EZ mit ausreichenden Ressourcen versehen.

6 Humanitäre Hilfe stärken

Es gilt, die humanitäre Hilfe finanziell abzusichern und strategisch mit der EZ und der Friedensförderung zu verzahnen. Hierzu gehören mehr flexible Mittel, verlässliche Mehrjahreszusagen und konsequente Übergänge von Nothilfe zu Wiederaufbau von resilienten, nachhaltigen und friedensfördernden Strukturen.

7 Möglichkeitsräume für zivilgesellschaftliche Partnerschaften ausbauen

Bewährte zivilgesellschaftliche Partnerschaften im Globalen Süden dürfen nicht den Kürzungen in der EZ zum Opfer fallen. Deutschland sollte diese gezielt absichern und seine EU-Rolle nutzen, um nationale EZ-Politik besser abzustimmen und europäische Kohärenz zu stärken.

NACHHALTIGER FRIEDEN /

Reset der EZ?!

Entwicklungszusammenarbeit als Schlüssel zu nachhaltigem Frieden /

Die internationale Entwicklungszusammenarbeit (EZ) befindet sich im Umbruch: Nach Jahren mit Mittelaufwuchs sind drastische Kürzungen absehbar, insbesondere in der humanitären Hilfe. Zugleich wächst das Aufgabenportfolio (Klima, Migration). Angesichts geopolitischen Wandels wird die EZ stärker sicherheitspolitisch gerahmt und steht unter starkem innenpolitischen Legitimationsdruck. Welche Rolle bleibt dem globalen EZ-System? Und gerät der Frieden dabei – noch weiter – ins Hintertreffen?

2.1 ✓ Aktueller Zustand der EZ

Auch wenn die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) der Vereinten Nationen (VN) bis 2030 nicht vollumfänglich erreicht werden, gab es seit 2015 in vielen Bereichen erste Erfolge. EZ beinhaltet zudem ein friedensförderndes Element, da Verbesserungen der Lebensbedingungen Konfliktpotenziale mindern und die Gefahr von Gewaltausbrüchen senken können (→ Fiedler et al. 2026).

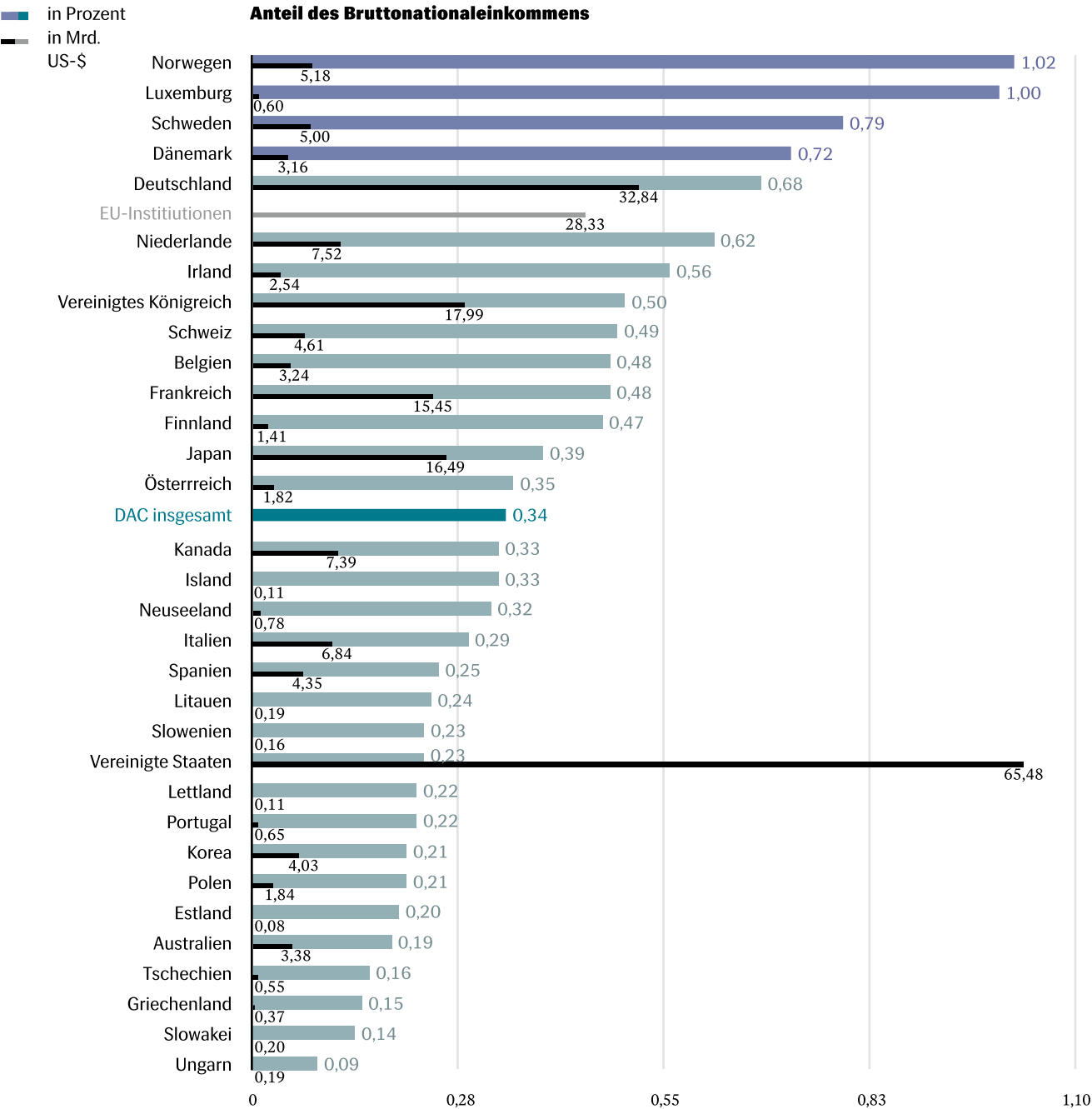
Für eine zielgerichtete und effektive EZ ist eine ausreichende finanzielle Grundlage zentral. Aufgrund politischer Entscheidungen steht diese derzeit wie nie zuvor in Frage. Dabei kann in den letzten Jahren weltweit von einer Erfolgsgeschichte gesprochen werden: So hat sich der weltweite Umfang der getätigten öffentlichen Entwicklungshilfe (Official Development Assistance, ODA) → **19** im Jahr 2023 im Vergleich zu 2013 um mehr als 70 % erhöht. Diese Steigerung staatlicher ODA ging mit einer Verbesserung zahlreicher sozioökonomischer Indikatoren einher (→ da Silva et al. 2026: 6). Beispielhaft steht dafür der Bereich Gesundheit, der nicht nur von vielen anderen entwicklungsrelevanten Faktoren (wie Infrastruktur, Zugang zu Wasser und Sanitärversorgung) beeinflusst wird, sondern auch Voraussetzung für individuelle und damit gesamtgesellschaftliche Entwicklungsprozesse ist → **20**. Die internationale Zusammenarbeit im Bereich Gesundheit zeigt das Engagement nichtstaatlicher Akteure wie philanthropischer Stiftungen, die jedoch den Wegfall staatlicher Mittel nicht kompensieren können.

Der Zuwachs kann nicht verdecken, dass viele Mitglieder des Entwicklungsausschusses (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wie die EU, die USA oder Japan das 1970 vereinbarte Ziel, 0,7 % ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) für EZ aufzuwenden, nicht erreichen. Im Jahr 2024 belief sich die ODA der DAC-Länder auf 214,5 Mrd. US-\$, was lediglich 0,34 % ihres gesamten BNE entspricht. Besorgniserregend ist die Tendenz: Gegenüber 2023 sank die ODA um 6,0 %. Nur vier Länder – Norwegen, Luxemburg, Schweden und Dänemark – übertrafen das 0,7 %-Ziel → **19**.

Die selbstgesteckten Ziele der EZ konnten die meisten Länder schon vor den drastischen Kürzungen nicht erreichen

19ODA nach DAC-Mitgliedern (2024)

Quelle → 2/89

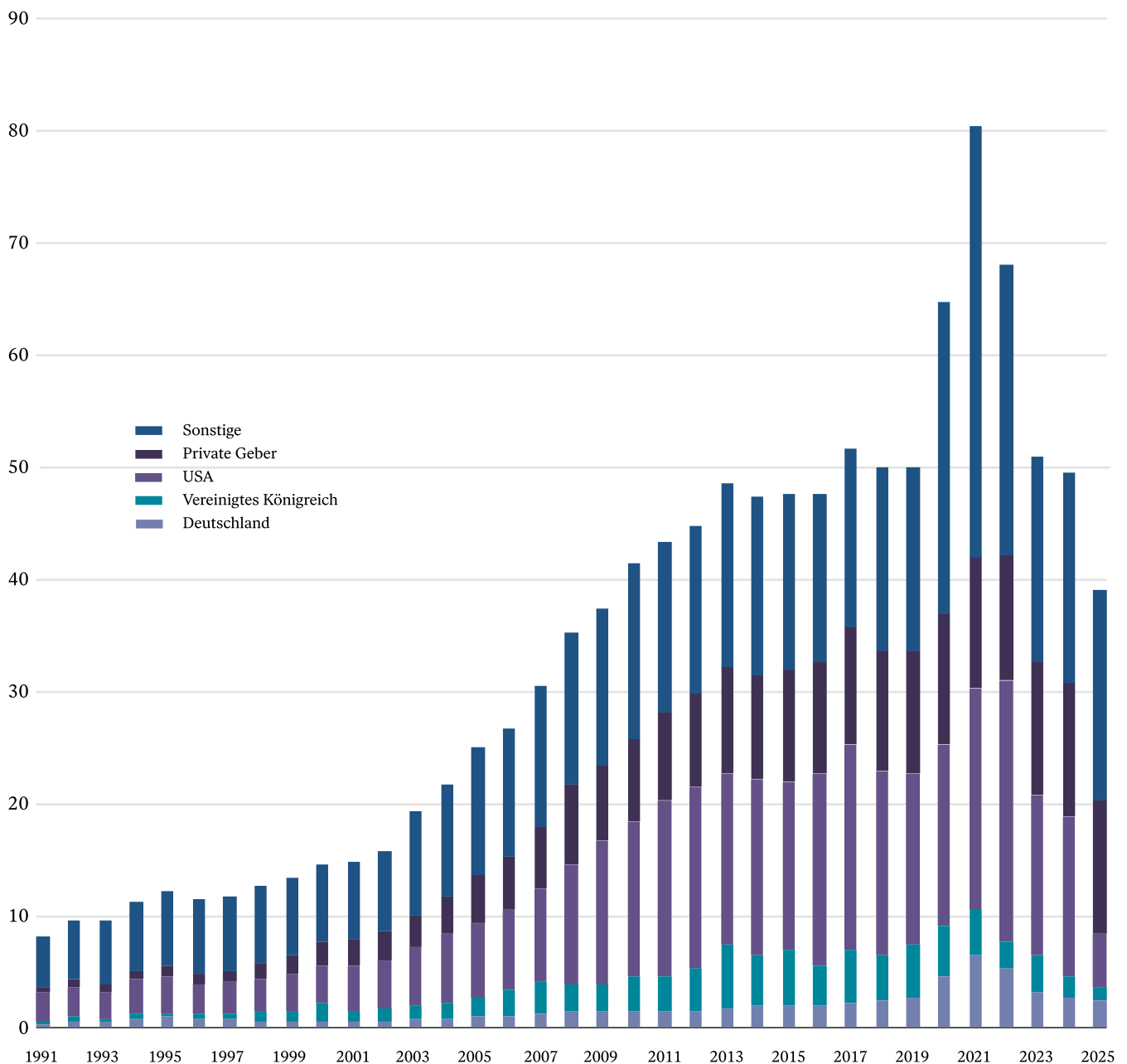


Dieser Abwärtstrend wird sich in den kommenden Jahren deutlich verstärken. So hat die Trump-II-Administration ihren fast vollständigen Rückzug aus der EZ in ihrer bisherigen institutionellen Form und finanziellen Ausstattung verkündet, die US-amerikanische Entwicklungsorganisation USAID weitgehend abgewickelt und verbleibende Aufgaben in das Außenministerium integriert. Vorgesehen sind Kürzungen im zweistelligen Milliardenbereich. Diese massiven Kürzungen gefährden die globale Ernährungssicherheit, Gesundheitsversorgung sowie die Notfall- und humanitäre Hilfe. VN-Organisationen wie das Welternährungsprogramm (WFP) und das Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) werden durch ausbleibende Beiträge erheblich geschwächt.

20 Entwicklung der weltweit empfangenen ODA im Gesundheitsbereich

Quelle → 2/89

in Mrd. US-\$



21 EZ, ODA, humanitäre Hilfe

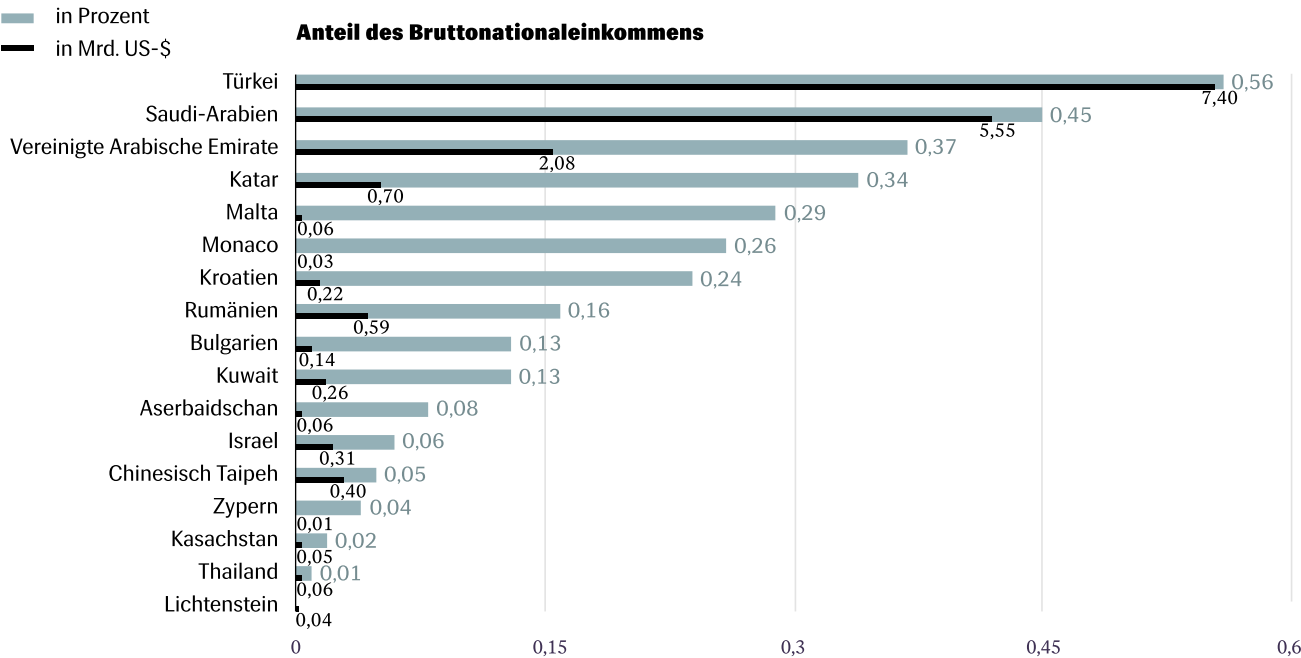
„Entwicklungszusammenarbeit [...] umfasst als Politikfeld alle mit öffentlichen Geldern finanzierten Maßnahmen, die auf die Förderung sozioökonomischer, politischer und ökologisch nachhaltiger Lebensbedingungen in Entwicklungsländern zielen. Der internationale Fachbegriff „Official Development Assistance“ (ODA) beinhaltet also [insbesondere] Leistungen staatlicher Akteure, die zu diesem Zweck über bilaterale, multilaterale und zivilgesellschaftliche Kanäle an ärmere Länder vergeben werden. [...] Unterschieden wird zudem zwischen der auf mittel- und langfristige Wirkungen ausgerichteten EZ sowie der kurzfristig ausgerichteten humanitären Hilfe in Not- und

Krisensituationen. Zur langfristig ausgerichteten EZ zählen Maßnahmen, die auf die Förderung von Politikreformen etwa in der Umwelt-, Bildungs- oder Gesundheitspolitik ausgerichtet sind, sowie solche zur Förderung eines demokratischen Staatswesens mit guter Regierungsführung“ (→ Faust 2025: 11). Deutsche ODA-Mittel werden vor allem durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) eingesetzt. Auch das Auswärtige Amt (AA) setzt ODA-Mittel für humanitäre Hilfe, Friedensförderung, Diplomatie und zivile Krisenbearbeitung ein, ebenso viele weitere Ministerien für spezifische Zwecke wie Klima- und Umweltschutz.

Mit dieser Kürzungspolitik stehen die USA nicht allein da. Auch weitere große Geldgeber – wie Deutschland, Frankreich, die Niederlande und das Vereinigte Königreich – haben Kürzungen ihrer EZ-Etats umgesetzt und weitere angekündigt. 2024 hatten neun OECD-Mitgliedsstaaten Kürzungen der EZ-Budgets in Höhe von 17 Mrd. US-\$ für die nächsten fünf Jahre angekündigt. Die OECD prognostiziert für 2025 einen Rückgang der ODA um 9 bis 17 %, zusätzlich zu dem Minus von 9 % im Jahr 2024. Trotz geplanter Aufstockungen in Irland, Südkorea und Spanien und dem Bekenntnis anderer Staaten, ihr Niveau zu halten (Dänemark, Norwegen, Luxemburg), wird ODA 2027 voraussichtlich auf das Niveau von 2020 zurückfallen. Den Rückgang der Beiträge der DAC-Geber können andere EZ-Geberländer nicht kompensieren, da sich auch hier – von einem geringeren Niveau startend – ein rückläufiger Trend abzeichnet. Das Gesamtvolumen der freiwillig gemeldeten ODA von Ländern außerhalb von DAC belief sich 2024 auf 17,98 Mrd. US-\$ und lag damit 3,3 % unter dem Vorjahreswert (→ OECD 2026).

22 ODA, andere offizielle bilaterale Geber (2024)

Quelle → 2/89



DEUTSCHE EZ

Die zuvor geschilderten globalen Schwankungen spiegeln sich auch im Bundeshaushalt wider, wovon der BMZ-Anteil nur knapp 2 % ausmacht → **23**. Deutschland verfehlte 2024 mit 0,68 % des BNE knapp die 0,7 %-Zielmarke. In absoluten Zahlen liegt Deutschland mit 32,84 Mrd. US-\$ im DAC-Ländervergleich auf Platz zwei hinter den USA und avanciert mit der Abwicklung von USAID zum größten Geber → **19**. Der größte Anteil der Ausgaben entfällt auf die bilaterale staatliche EZ. Diese machte 2025 4,8 Mrd. € aus, entsprechend 46,5 % des Gesamthaushalts des BMZ. Sind die Ausgaben für bilaterale EZ bis 2021 noch stetig angestiegen (auf knapp sechs Mrd. €), sanken sie danach kontinuierlich – mit Ausnahme eines kurzen Wiederanstiegs im Jahr 2023. Eine ähnliche Entwicklung zeigen die Ausgaben für multilaterale EZ, welche Unterstützung für die europäische EZ, Beiträge an die VN sowie andere internationale Einrichtungen umfassen. Dagegen blieben die deutschen Aufwendungen für Beiträge an multilaterale Entwicklungsbanken sowie zivilgesellschaftliches, kommunales und wirtschaftliches Engagement im letzten Jahrzehnt relativ konstant.

Seit 2022 sinken
die EZ-Ausgaben
kontinuierlich

2

75

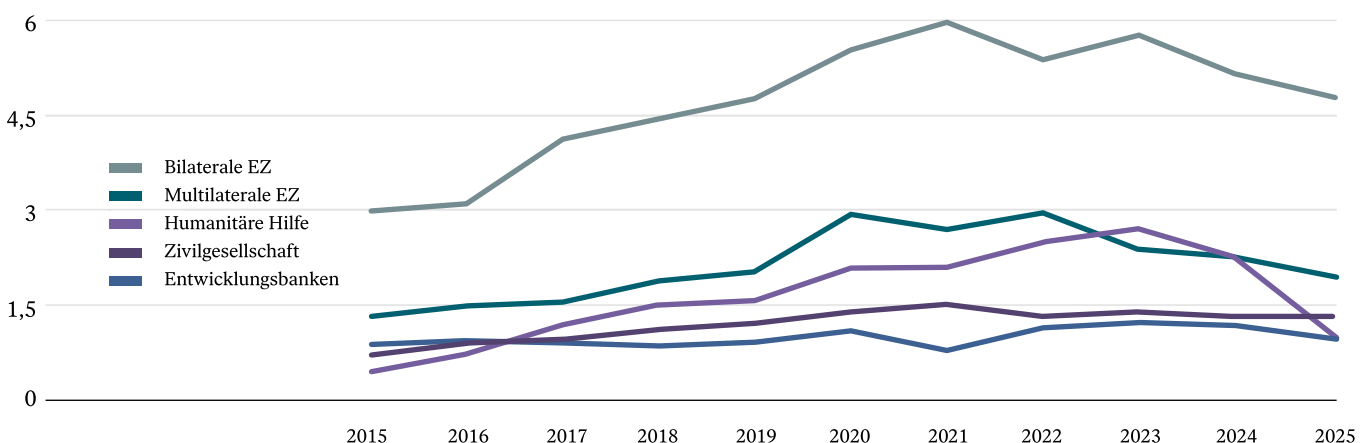
Einen dramatischen Rückgang gab es hingegen bei der humanitären Hilfe, die aus Mitteln des AA finanziert wird (Kapitel 0501 Sicherung von Frieden und Stabilität). Die Ausgaben stiegen bis 2023 auf einen Höchststand von 2,7 Mrd. €, fielen danach jedoch drastisch. 2025 liegen sie nur noch bei etwa 1 Mrd. € und haben sich damit im Vergleich zu 2023 mehr als halbiert. Hinzu kommt eine politische Neuordnung des Bereichs innerhalb des AA, um eine stärkere außenpolitische Steuerung und interessengeleitete Ausrichtung zu erreichen. So wird die Abteilung für Krisenprävention, Stabilisierung, Friedensförderung und humanitäre Hilfe voraussichtlich aufgelöst und Kernkompetenzen in die Regionalabteilungen und die Abteilung „Internationale Ordnung“ verlagert. Dies hätte nicht nur zur Folge, dass humanitäre Hilfe politisch an Bedeutung verliert. Es würde auch die strategisch ganzheitliche Ausrichtung der deutschen Friedensinfrastruktur untergraben und das friedensstiftende Potenzial unterlaufen, das eine Verzahnung von humanitärer Hilfe, EZ und Friedensförderung bietet.

Ein drastischer
Rückgang ist bei
der humanitären Hilfe
festzustellen

23 Deutschlands Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe

Quelle → 2/89

in Mrd. Euro



2.2 ✓ Globale Koordination der EZ

Ursprünglich ging es bei der EZ primär um Maßnahmen, die Staaten und internationale Organisationen mit dem Ziel unternehmen, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Empfängerländern zu befördern. Zum wichtigsten Koordinationsmechanismus wurde der Entwicklungsausschuss (DAC) der OECD. EZ wurde als Politikfeld von westlichen Staaten seit den 1960er Jahren erschaffen und definiert. Von Anfang an bestimmten weniger die Bedarfe und Interessen der „Empfängerländer“ die entwicklungspolitischen Debatten, sondern das Bemühen um eine Lastenteilung unter den westlichen Industriestaaten. So konnte sich ein rein quantitativer und geberorientierter Indikator wie der Umfang von öffentlichen Mittelflüssen relativ zur volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit als wesentliches Gütekriterium guter EZ etablieren. Entsprechend wurden private Leistungen, etwa von Nichtregierungsorganisationen (NRO) oder Unternehmen, nicht berücksichtigt, selbst wenn sie tatsächlich im öffentlichen Auftrag EZ-Mittel verausgabten.

Während die Fixierung auf die „ODA-Quote“ zu immer neuen Debatten führte, welche staatlichen Leistungen als entwicklungsrelevant anerkannt werden können (beispielsweise Schuldenerlass, Kosten für Asylbewerber:innen oder Studierende aus „Entwicklungsländern“), kam dem DAC eine wachsende Rolle in der Sammlung von Daten und der Verständigung über gemeinsame Standards zu. Zentral war die Definition des Zuschusselements, durch das Kredite sich überhaupt als EZ-Leistungen qualifizieren, sowie die periodische Überprüfung der Gruppe der „Entwicklungsländer“ (sogenannte DAC-Liste) und die Normierung bestimmter Praktiken (etwa bei der Lieferbindung). Die Mitgliedsländer verpflichteten sich, ihre EZ-Daten nach gleichen Standards publik zu machen, und sich einer regelmäßigen Begutachtung durch andere DAC-Mitgliedsstaaten zu unterwerfen. Die OECD verstand sich dabei nicht als Forum zur inhaltlichen Abstimmung der EZ.

Parallel dazu agieren neben staatlichen Entwicklungsbehörden die multilateralen Geberorganisationen, die aus eigenen Mitteln oder denen ihrer Mitgliedsländer Entwicklungsprojekte und -programme durchführen. Neben verschiedenen VN-Organisationen und regionalen Entwicklungsbanken kommen der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds seit den 1980er Jahren eine koordinierende und orchestrierende Funktion in der internationalen Entwicklungspolitik zu. Vor dem Hintergrund der damaligen Schuldenkrise versuchten Strukturanpassungsprogramme beider Organisationen liberale makroökonomische Ordnungen im Globalen Süden durchzusetzen, denen sich die staatliche EZ anpassen musste.

Ein internationales, vielschichtiges EZ-System hat sich über Jahrzehnte entwickelt

Dieses etablierte internationale EZ-System hat sich seit Mitte der 1990er Jahre verändert. Das Ende des Kalten Kriegs und der mit ihm verbundenen außenpolitischen Instrumentalisierung von EZ ermöglichte eine stärker normative Aufladung von EZ über Solidarität hinaus. EZ fokussierte stärker auf Menschenrechte, Demokratie, Geschlechtergerechtigkeit und Frieden. Auch gewann die Armutsbekämpfung an Bedeutung, deutlich sichtbar in den im Jahr 2000 verabschiedeten Entwicklungszielen der VN (Millennium Development Goals, MDG). Mit diesem universellen Zielkatalog wurde ein globaler Minimalkonsens über EZ sichtbar.

Aufgrund der Messbarkeit der Ziele wurde auch die Kluft zwischen Anspruch und tatsächlichem Einfluss der EZ deutlicher. Selbst bei Aufbringung von 0,7 % des BNE durch alle DAC-Geber wären die MDGs nicht zu erreichen gewesen, ebenso wenig die nachfolgenden nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDG). Folglich wurde verstärkt ab 2002 auf die Mobilisierung des Privatsektors gesetzt und der enge Fokus auf ODA machte Platz für einen neuen Ansatz. ODA sollte nun als Hebel für die Mobilisierung von privatem Kapital durch Unternehmen, Anleger:innen, Stiftungen und NRO genutzt werden. Schließlich räumten die DAC-Geber mit der Pariser Erklärung (2005) erstmals ein, dass die fehlende Wirksamkeit von ODA mit einer unzureichenden Ausrichtung der EZ-Budgets an den Prioritäten der Partnerländer und der fehlenden Abstimmung zwischen den Gebern zusammenhing.

Vor diesem Hintergrund schien der Aufbau eines umfassenden globalen EZ-Regimes unter Einschluss der Nicht-DAC-Staaten aus dem Globalen Süden möglich. So gab es einen breiten Konsens über Entwicklungsziele in den SDGs und eine faktische Angleichung tatsächlicher EZ-Modalitäten in vielen Organisationen. Auch wenn die DAC-Staaten selbst bereit waren, ihr traditionelles ODA-Konzept in Frage zu stellen, scheiterte die seit 2011 aufgebaute Global Partnership for Effective Development Cooperation (GPEDC), mit der ein globales EZ-Regime unter Einschluss der neuen Geber errichtet werden sollte. Die Länder des Globalen Südens hatten ihrerseits recht unterschiedliche EZ-Systeme aufgebaut, waren sich aber einig in der Forderung nach einer Verankerung der EZ-Koordination bei den VN. Sie sahen das GPEDC in seiner Funktionsweise (wenn auch nicht den Prinzipien) zu nah an den DAC angelehnt.

Internationale Bemühungen um Reformen scheiterten an Konflikten zwischen DAC und Ländern des Globalen Südens

Bereits vor dem Ausstieg der USA aus der EZ Anfang 2025 war das internationale EZ-System daher in die Krise geraten. Forderungen nach einer veränderten Konzeption von ODA dominierten auch unter westlichen Gebern (zum Beispiel die Trennung von armuts-, beziehungsweise wachstumsorientierten und klimaorientierten Ausgaben). Die SDG-Zielerreichung wurde zunehmend als illusorisch betrachtet und das Framing von EZ veränderte sich in einer Reihe von Staaten, auch in der EU.

FOLGEN DES UMBRUCHS

Von den derzeitigen Verwerfungen im globalen EZ-System sind die Menschen in den Empfängerländern direkt betroffen. Die drastischen Kürzungen des USAID-Budgets im Frühjahr 2025 haben bedeutende globale Initiativen in Bereichen wie Gesundheit, Ernährung, wirtschaftliche Entwicklung, Demokratieförderung und humanitäre Hilfe erschüttert. Hinzu kommen die weiteren reduzierten EZ-Zahlungen der meisten anderen Geberländer. Empfängerländer, NRO und Entwicklungsagenturen versuchen seitdem Strategien zu finden, um an alternative Finanzquellen zu gelangen. Philanthropische Stiftungen wie die Gates Foundation, aber auch Stiftungen aus dem arabischen Raum haben mit einer Erhöhung der jährlichen Fördersummen vor allem für Projekte im Gesundheitsbereich reagiert (→ IHME 2025: 37).

Im Gesundheitsbereich sind die Auswirkungen des Wegfalls der USAID-Gelder am stärksten spürbar, da der größte Anteil der Gelder nach der humanitären Hilfe in diesen Sektor floss und die USA der zentrale Akteur globaler Initiativen zur Bekämpfung von HIV-Aids, Polio, Tuberkulose und Malaria war. Die lokale Bevölkerung erfährt den Wegfall von Gesundheitsdienstleistungen unmittelbar. Bereits Mitte 2025 wurde von geschlossenen Kliniken, unterbrochenen Impfkampagnen, fehlenden reproduktiven Gesundheitsdiensten und mangelnder Trinkwasserversorgung berichtet. In Tansania, Eswatini und Lesotho waren 350.000 Menschen, die vorher über USAID HIV-Behandlungen erhielten, plötzlich ohne Zugang. Laut Projektionen könnten durch den Wegfall der Gelder weltweit 176.000 Menschen an HIV und 62.000 an Tuberkulose sterben (→ McKoy 2025). Nahezu sechs Mio. Menschen in Kenia, Uganda und Ghana sind von reduzierter Malariaprävention betroffen. Einige Studien sagen auf Grundlage von Berechnungen drastische Auswirkungen auf die Erwachsenen- und Kindersterblichkeit voraus, die durch USAID-Mittel vor allem in Afrika in den letzten Jahrzehnten signifikant gesenkt worden war. Eine neue Studie in Lancet Global Health (→ da Silva et al. 2026) geht von bis zu 22,5 Mio. zusätzlichen Toten bis 2030 aus, in einem Szenario mit starken Kürzungen der Mittel für Gesundheitszusammenarbeit – bei nicht so starken Kürzungen von immer noch bis zu 9,4 Mio. (vermeidbaren) Toten.

Der Gesundheitsbereich ist durch den Ausfall von internationalen Geldern stark betroffen

Die Kürzungen bei der humanitären Hilfe zeigen sich auch im Ernährungsbereich: In Nepal fehlte während einer nationalen Ernährungskrise der Zugang zu Hilfen und Essensausgaben; im Sudan schlossen 80 % der Notfallküchen inmitten einer Hungersnot; in Nigeria wurde ein Ernährungshilfeprogramm für 5,6 Mio. Kinder gestoppt. Im Bereich der Flüchtlingshilfe musste das WFP weltweit seine Essenrationen in Flüchtlingslagern reduzieren. Die gekürzte humanitäre Hilfe führte in einem der größten Flüchtlingslager Kenias, Kakuma, zu Aufständen. Eine Umfrage vor Ort stellte einen starken Rückgang der Kalorieneinnahme, der Ernährungssicherheit und von Haushaltsausgaben fest. Hinzu kommen Konsequenzen für die lokale Wirtschaft (Deflation, Kreditverknappung) ähnlich den Folgen einer Finanzkrise. Dies ist kein Einzelfall, wie Studien zur Volatilität von internationaler Hilfe belegen. Insbesondere in Situationen nach Gewaltkonflikten und humanitären Krisen belasten im Falle von Einbrüchen der internationalen Hilfe unterbrochene Dienstleistungen, Entlassungen und Geldmangel die lokale Wirtschaft.

Auch auf Frieden und Stabilität wirken sich die Kürzungen der internationalen Hilfe aus. Insbesondere abrupte Einbrüche internationaler Hilfe haben in der Vergangenheit die Wahrscheinlichkeit von Bürgerkriegsausbrüchen signifikant erhöht (→ Nielsen et al. 2011). Projekte im Bereich Demokratieförderung, Menschenrechtsarbeit, soziale Kohäsion und Frauenrechte leisten darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zum sozialen Frieden. Sie schaffen zudem Strukturen für nachhaltiges zivilgesellschaftliches Engagement. So zeigt eine Studie von 44 afrikanischen Ländern südlich der Sahara vom Februar 2026, dass die organisierte bewaffnete Gewalt seit dem Rückzug von USAID um 12 % gestiegen ist. Zeitlich verzögert wurde ein 10- bis 14-prozentiger Anstieg an Gewalt gegen Zivilist:innen durch Milizen in stark hilfeabhängigen afrikanischen Ländern im Vergleich zu weniger abhängigen festgestellt (→ Tan et al. 2026).

Der plötzliche Rückgang an EZ-Geldern ist eine direkte Gefahr für den innerstaatlichen Frieden

Zugleich kann der Rückzug internationaler Geber Empfängerländer zu eigenen Initiativen zwingen, die wirtschaftliche Autonomie und besseres Regieren fördern. In einigen der Länder mehren sich Stimmen, die neuen Möglichkeiten für eigene Ansätze in der EZ sehen. So hat Kenia zu Jahresbeginn ein neues Wirtschaftsprogramm verkündet, das aus eigenen Kreditmitteln finanziert werden soll. Auch in Äthiopien wird eine wirtschaftliche Reformagenda zur lokalen Mobilisierung lokaler Ressourcen diskutiert. Eine positive Transformation nach dem Rückzug westlicher Geber bleibt aber hinsichtlich der finanziellen Handlungsspielräume voraussetzungsfull. So besteht zwar die Möglichkeit, dass in einzelnen Ländern der Wegfall internationaler Geber aufgefangen werden kann, dies wird kurzfristig jedoch eher die Ausnahme bleiben.

2.3 ✓ EZ und Frieden: Die vernachlässigte Dimension

Die Umwälzungen im globalen EZ-System und ihre Auswirkungen auf die lokale Ebene stellen große Herausforderungen für das Ziel eines nachhaltigen Friedens dar. Diese sind nicht allein auf knapper werdende Mittel zurückzuführen, sondern auch auf (geo-)politische Neuausrichtungen der EZ in vielen Ländern. So hat das BMZ im Januar ein Reformkonzept (→ BMZ 2026) vorgelegt, das EZ im Dreiklang mit Diplomatie und Verteidigung denkt und stärker strategisch auf sicherheitspolitische Interessen ausrichtet. Im Zentrum stehen eine thematische Fokussierung und eine klare Prioritätensetzung nach Regionen und ausgewählten Partnerländern. Zwar ist die Förderung von Frieden Bestandteil eines der vier Schwerpunkte, im Vordergrund steht hier jedoch vor allem Krisenprävention, Stabilisierung und Wiederaufbau mit einem geografischen Fokus auf die europäische Nachbarschaft, wie die Ukraine, den Nahen Osten und Nordafrika sowie die Sahelzone und das Horn von Afrika. Damit werden andere Krisenherde, wie DR Kongo und Myanmar, und Bedarfe für Friedensförderung von weiteren Partnerländern (etwa Kolumbien) zukünftig voraussichtlich nicht mehr berücksichtigt. Dies kann langfristig gesehen nicht nur deutschen sicherheitspolitischen Interessen zuwiderlaufen; auch die Wechselwirkungen zwischen Entwicklung und Frieden werden damit in zahlreichen Partnerländern zukünftig nur unzureichend ausgeschöpft.

Das neue BMZ-Reformkonzept von 2026 sieht EZ im Dreiklang mit Außen- und Verteidigungspolitik

HERAUSFORDERUNGEN FÜR DEN HDP-NEXUS

Die 17 SDGs spiegeln die Erkenntnis wider, dass eine friedliche, gerechte und nachhaltige Entwicklung nur erreicht werden kann, wenn der Zusammenhang zwischen verschiedenen Sektoren, den damit verbundenen Problemen, aber auch Lösungsansätzen, beachtet und mit entsprechenden zielgerichteten Maßnahmen bearbeitet wird. Die Verbindung von humanitärer Hilfe, EZ und Friedensförderung im Humanitarian-Development-Peace (HDP) Nexus, der im Nachgang zum World Humanitarian Summit 2016 entwickelt wurde, nimmt diese Erkenntnis mit dem engeren Fokus auf humanitäre Krisen und Gewaltkonflikte auf. Durch eine kohärente Zusammenarbeit, die gleichzeitig unterschiedliche Zieldimensionen berücksichtigt und konkrete Politiken darauf abstimmt, sollen Bevölkerungen geschützt und deren Verwundbarkeiten gegenüber humanitären Krisen und Gewaltausbrüchen abgebaut werden. Neben einer abgestimmten Koordination zwischen den unterschiedlichen Akteuren ist eine verlässliche Finanzierung eine weitere wesentliche Komponente in der operativen Umsetzung des HDP-Nexus – eine aktuelle Herausforderung.

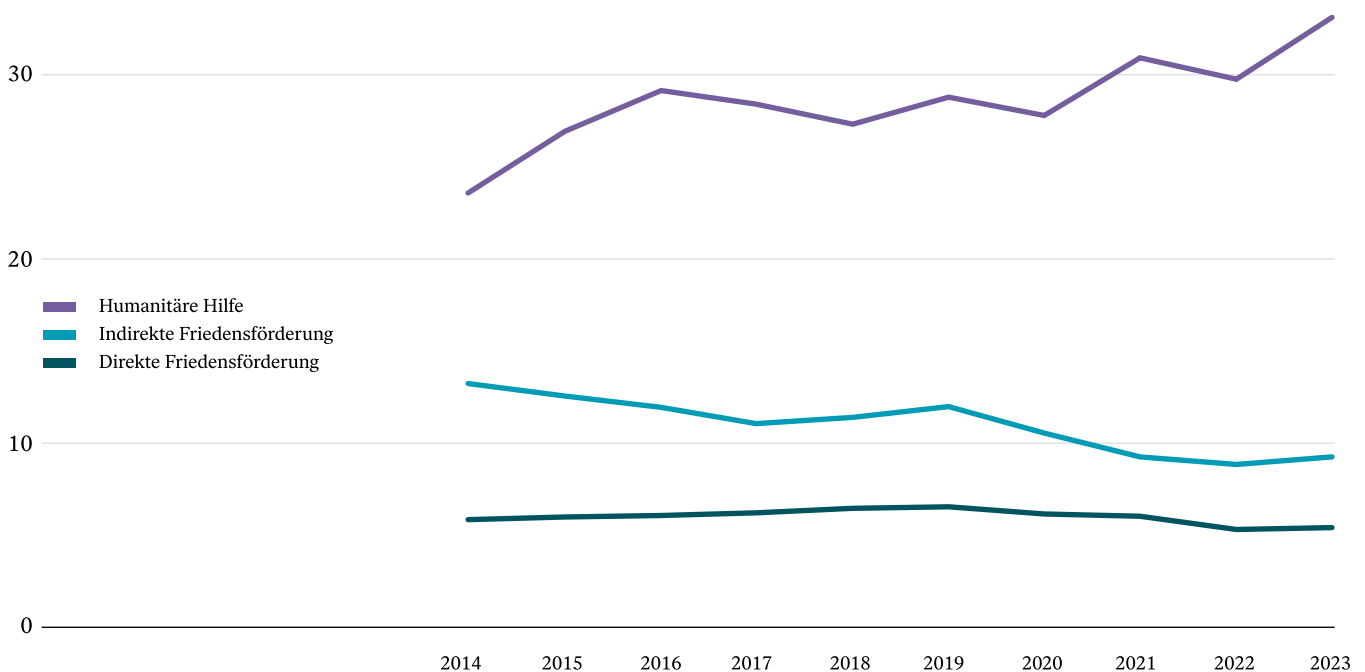
Dem Frieden wird weiterhin wenig finanzielles Gewicht in der EZ eingeräumt

Aktuelle Daten zeigen ein Ungleichgewicht in der Umsetzung des HDP-Nexus: Die Friedenssäule bleibt systematisch unterfinanziert → **24**. Zwar erreichten die friedensbezogenen EZ-Leistungen der DAC-Mitglieder im Jahr 2023 mit 26,7 Mrd. US-\$ einen Rekordwert, doch dieser Anstieg ist fast ausschließlich auf die Unterstützung für die Ukraine zurückzuführen und verdeckt insbesondere den Rückgang der Mittel für Konfliktprävention. Im Jahr 2023 flossen in Kontexten hoher und extremer Fragilität nur 10,4 % der ODA von DAC-Mitgliedern in den Bereich Frieden, während 31 % für humanitäre Hilfe und 58,6 % für Entwicklung aufgewendet wurden – ein Trend, der sich bereits 2021 abzeichnete (→ OECD 2023: 7). Zwischen 2019 und 2023 sank die friedensbezogene ODA in fragilen Kontexten um 28 % auf 5,3 Mrd. US-\$ – ein Rückgang, der in Widerspruch zum wachsenden Bedarf an Friedensförderung steht. Besonders betroffen sind Mittel für Konfliktprävention, die sich 2023 in fragilen Kontexten auf weniger als 4 % der gesamten ODA der DAC-Mitglieder beliefen. Die Zurückstellung langfristiger, struktureller Friedensförderung zugunsten reaktiver Krisenfinanzierung untergräbt die integrative Logik des HDP-Nexus. Dabei zeigen wissenschaftliche Studien einen positiven Zusammenhang: Postkonfliktländer, die über längere Zeit höhere Anteile friedensbezogener ODA erhalten, fallen seltener in Gewalt zurück (→ Lilja et al. 2025). Zudem ist es erheblich günstiger, in Krisenprävention zu investieren, als in Krisenreaktion.

24 Das fehlende P im HDP-Nexus

Quelle → 2/89

in Prozent Anteil öffentlicher Entwicklungshilfe der DAC-Länder für Kontexte, die von hoher und extremer Fragilität betroffen sind



25 Ohne Geschlechtergerechtigkeit keine Ernährungssicherung

Im Jahr 2024 hungerte fast jeder zwölfte Mensch weltweit. Besonders stark von Ernährungsunsicherheit betroffen sind Frauen, obwohl sie in vielen Regionen zentrale Akteurinnen landwirtschaftlicher Produktion und Nahrungsmittelversorgung sind. Ursache sind tief verwurzelte strukturelle Ungleichheiten: Frauen sind häufig im Zugang zu Bildung und Gesundheitsdiensten diskriminiert. Ihre Teilhabe an Entscheidungsprozessen ist eingeschränkt, ebenso wie ihr Zugang zu produktiven Ressourcen wie Land, Saatgut oder Finanzierung. Das mindert ihre landwirtschaftliche Produktivität und damit ihren Beitrag zur Ernährungssicherung. Patriarchale Normen führen zudem

dazu, dass sie bei knapper Nahrung zuletzt essen oder ganz verzichten. Die Verwirklichung von SDG 2 „Kein Hunger“ ist daher ohne die Überwindung geschlechtsspezifischer Ungleichheiten nicht erreichbar. Neben der Sicherstellung des Nahrungszugangs sind gerechte Ressourcenverteilung und die gezielte Förderung von Frauen in Entscheidungspositionen ebenso entscheidend wie der Abbau diskriminierender sozialer Normen. Nur wenn Agrar- und Ernährungssysteme inklusiv und geschlechtergerecht gestaltet sind, lässt sich das Recht auf Nahrung für alle verwirklichen.

Auch die jährlichen Fortschrittsberichte der VN zur Umsetzung der SDGs verzeichnen neben einigen Erfolgen seit Jahren eine eher schleppende Umsetzung bis hin zu Rückschritten. Ziele wie SDG 2 → **25** und SDG 16 (Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen) werden bis 2030 definitiv nicht erreicht. Neben den weiterhin in vielen Ländern spürbaren Folgen der COVID-19-Pandemie machen sich die Auswirkungen des Klimawandels bemerkbar, die bestehende Verwundbarkeiten einzelner Bevölkerungen vergrößern und den Bedarf an humanitärer Hilfe nach Wetterkatastrophen erhöhen werden. Hinzu kommt das hohe Niveau an Gewaltkonflikten und damit verbundene Fluchtbewegungen. Umso wichtiger ist es, durch eine kohärente und auf Wirkung bedachte EZ nicht nur die Ursachen von Konflikten zu adressieren, sondern durch die Verbesserung von Lebensbedingungen die Gefahr von Gewalt und Konflikten zu verringern.

Eine wirkungsvolle Umsetzung der SDGs und des integrierten HDP-Nexus-Ansatzes erfordern eine systemische Herangehensweise, die strukturelle Barrieren in den Blick nimmt und potenzielle Synergien zwischen einzelnen Sektoren und damit einhergehende Zielkonflikte identifiziert. Auf konzeptioneller und programmatischer Ebene gibt es national wie multilateral zahlreiche Bemühungen, den HDP-Nexus zu operationalisieren. In der Praxis muss der Ansatz aber kontextspezifisch und vor allem lokal umgesetzt werden. Dies gilt auch für die Friedensdimension: So müssen die jeweils spezifischen Konfliktursachen analysiert werden und etwa mit den betroffenen Akteur:innen vor Ort geklärt werden, worin „Frieden“ für sie genau besteht. Zudem beruht nachhaltiger Frieden in der Regel auf einer Reihe transformativer Prozesse, die strukturelle Veränderungen anstoßen und helfen, zugrundeliegende Konflikte zu überwinden. Sie können jedoch auch neue Konfliktpotenziale entstehen lassen. Für die Umsetzung der SDGs allgemein und des HDP-Nexus im Besonderen sind die Faktoren „Lokalisierung“ und „Inklusivität“ entscheidend. Daher gilt für eine EZ, die zunehmend die Interessen der Geberländer in den Mittelpunkt stellt, dass ihre Wirkung zentral davon abhängen wird, nicht nur stärkere systemische Zusammenhänge in den Blick zu nehmen, sondern auch das transformative Potenzial lokaler Akteur:innen zu fördern und Friedens- und Ent-

wicklungsprozesse, die von lokalen Gemeinschaften getragen werden, konstruktiv zu begleiten → **26**.

26 Paradigmenwechsel in der Gesundheitszusammenarbeit

Im September 2025 veröffentlichte das US-Außenministerium seine „America First Global Health Strategy“, in der ein Paradigmenwechsel in der US-amerikanischen Gesundheitszusammenarbeit angekündigt wird. Im Vordergrund stehen US-amerikanische Interessen, nach denen die USA „safer“, „stronger“ und „more prosperous“ werden sollen. Die Zusammenarbeit in der Gesundheitspolitik wird künftig über bilaterale Abkommen organisiert, in denen Empfängerländer zusagen müssen, stärker selbst in Gesundheitsversorgung zu investieren. Gleichzeitig werden diese zum Austausch von gesundheitsrelevanten Informationen (wie Krankheitserreger) und der Nutzung US-amerikanischer Dienstleister verpflichtet. Bis Mitte Februar wurden Absichtserklärungen mit 16 afrikanischen Staaten abgeschlossen (→ US-Außenministerium 2025).

Mit der auf die jeweiligen Regierungen fokussierten Kooperation geht der Ausschluss von multilateralen Organisationen und NRO jenseits von glaubensbasierten Durchführungsorganisationen einher. Der unmittelbare Kontakt zu Partnern in lokalen Gemeinschaften, der für eine effektive Umsetzung von Aufklärungs- und Impfkampagnen oder die Bereitstellung von grundlegenden Gesundheitsdienstleistungen essenziell ist, geht damit weitgehend verloren. Zudem werden notwendige Transferzahlungen zur Aufrechterhaltung des bisherigen Niveaus an Gesundheitsversorgung vermutlich wegfallen, bevor Empfängerländer selbst die dafür notwendigen Ressourcen aufgebracht haben. Für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen insbesondere in (Post-) Konfliktsituationen, wird ohnehin bezweifelt, dass dies für sie leistbar sein wird.

Die derzeitige Neuausrichtung der EZ hat Konsequenzen für die praktische Umsetzung von Friedensmissionen – eines der wichtigsten internationalen Instrumente, um nachhaltigen Frieden in (Post-)Konfliktsituationen zu erreichen. Deutschland stellt rund 750 Personen für derzeit laufende Missionen von den VN, der EU, der OSZE oder der NATO bereit, darunter 171 zivile Expert:innen. Die meisten davon werden im Rahmen der EU-Beratungsmission in der Ukraine eingesetzt, aber auch das Engagement Deutschlands bei den VN-Missionen UNIFIL im Libanon und UNMISS im Südsudan ist groß. Deutschlands Beiträge zum Friedenssicherungshaushalt der VN belaufen sich auf rund 317,1 Mio. US-\$, womit das Land nach den USA (vor Trump), China und Japan der viertgrößte Geber für multilaterale Friedensmissionen weltweit ist (→ BMI 2025).

Der Rückgang der EZ-Budgets hat direkte Konsequenzen für internationale Friedensmissionen

Wie das EZ-System stehen die Friedensmissionen selbst unter erheblichem Sparzwang. Eine Abkehr von groß angelegten Friedensoperationen war bereits im letzten Jahrzehnt zu beobachten. Die in Donald Trumps zweiter Amtszeit beschleunigten Haushaltskürzungen haben das VN-System in eine Liquiditätskrise gestürzt. 2026 ist mit den stärksten Einschnitten in der Geschichte zu rechnen. Aufgrund verspäteter oder ausbleibender Zahlungen der Pflichtbeiträge durch wichtige Mitgliedstaaten arbeiten die Missionen weit unterhalb ihrer genehmigten Budgets, was sich durch Personal- und Ausgabenkürzungen auf ihre operative Tätigkeit auswirkt.

Die strategischen und sicherheitspolitischen Folgen sind gravierend. Eine reduzierte Präsenz vor Ort schafft Sicherheitslücken in instabilen Regionen und schränkt die Möglichkeiten ein, Waffenstillstände zu überwachen. Weniger Friedenstruppen und geringere Mobilität bedeuten, dass die Missionen Schwierigkeiten haben, lebensrettende humanitäre Hilfe zu leisten. Dieser zunehmende Mangel unterstreicht die Notwendigkeit eines gestärkten Geberengagements und innovativer Finanzierungsansätze, um eine Erosion des globalen Friedens und den Zusammenbruch humanitärer Systeme zu verhindern
→ 27.

27 EZ und humanitäre Hilfe in Postkonfliktgesellschaften

Die Forschung zeigt, dass EZ nach Bürgerkriegen erneuter Gewalt entgegenwirken kann, indem sie Institutionen wiederaufbaut und Ressourcen für die Umsetzung von Friedensabkommen bereitstellt. Zudem kann sie Postkonfliktgesellschaften beim Wiederaufbau ihrer Lebensgrundlagen unterstützen und so die Opportunitätskosten von Gewalt erhöhen. Auch kann EZ die Versöhnung zwischen Konfliktparteien fördern. Allerdings können EZ-Mittel geplündert werden, Verteilungskonflikte auslösen oder Kräfteverhältnisse zwischen Akteur:innen verschieben und so Gewalt begünstigen.

Angesichts dieser gegenläufigen Wirkungsmechanismen gilt: Viel hilft nicht unbedingt viel. EZ muss gezielt Konfliktursachen adressieren und kontextsensitiv umgesetzt werden, um ihr friedensstiftendes Potenzial zu entfalten. Entscheidend ist, dass Geberländer eigene Interessen nicht über die Bedürfnisse der Empfängerländer und ihrer Bevölkerungen stellen, damit EZ als Unterstützung und nicht als unerwünschte Intervention wahrgenommen wird.

Für diejenigen, die „gute Deals“ machen wollen, zahlt sich die Kürzung von Friedenshilfen nicht aus, da dies Mehrkosten in der Zukunft verursacht. Um einen nachhaltigen Einfluss zu haben, müssten in Friedensoperationen humanitäre Hilfe, Entwicklungsinvestitionen und politisches Engagement im Sinne des HDP-Nexus zusammengebracht werden. Deutschland spielt als einer der größten Geber weltweit eine entscheidende Rolle dabei, mit gutem Beispiel voranzugehen und diese verschiedenen Stränge kohärenter zusammenzuführen.

2.4 ✓ EZ als politisches Instrument

Die aktuelle Krise der EZ allein an Finanzierungsengpässen und Budgetkürzungen zu messen, greift zu kurz. Sie wurzelt tiefer, in geopolitischen Umbrüchen infolge des Ukrainekrieges und der Rivalität mit China. Diese haben in vielen Ländern zu einer Prioritätenverschiebung zugunsten von Verteidigungsausgaben und einer stärkeren Ausrichtung der EZ an geopolitischen Interessen geführt. Doch auch innenpolitisch stehen internationale Zusammenarbeit und Multilateralismus angesichts sinkender Zustimmungswerte und erstarkender rechtspopulistischer Kritik vor großem Legitimationsdruck.

Zwar wurde EZ immer schon als „machtpolitisches Gestaltungsinstrument“ (→ Klingebiel/Sumner 2025: 29) eingesetzt. In jüngerer Zeit wird sie jedoch zunehmend in außen- und wirtschaftspolitische, transaktionale Logiken eingebettet, bei denen Kooperation explizit an Gegenleistungen gekoppelt wird. Sie wird verstärkt genutzt, um kurzfristige geostrategische Interessen zu verfolgen – etwa im Bereich der Migrationssteuerung, der Rohstoffsicherung, der Außenwirtschaftsförderung oder der geopolitischen Positionierung. Dadurch droht eine Erosion ihres normativen Kerns.

Zwar hält der jüngst vom BMZ vorgelegte Reformplan grundsätzlich an einer partnerschaftlichen Ausrichtung fest, die Spannung zwischen wertebasierter Solidaritätspolitik und transaktionaler Logik besteht aber fort. So ist die geografische Fokussierung auf Nachbarschaftsregionen innenpolitisch nachvollziehbar, greift aber zu kurz: Frieden und Sicherheit sind globale öffentliche Güter, die das BMZ jenseits seiner Nachbarschaft sowohl aus Gründen der internationalen Solidarität im Sinne des partnerschaftlichen Ansatzes als auch im langfristig gedachten Eigeninteresse, fördern sollte.

Verstärkte transaktionale Logik bleibt auch im BMZ-Reformplan bestehen

EZ als rein transaktionale Interessenpolitik verliert ihr transformatives Potenzial hin zu nachhaltigem Frieden. Der Rückzug zentraler Akteure aus der EZ, wenn auch „auf Raten“, verengt nicht nur internationale Handlungsspielräume, sondern spielt autoritären Regierungen in die Hände. Nullsummendenden zwischen einem Fokus auf Verteidigung und Wirtschaft oder EZ gilt es zu überwinden. Für Deutschland als bedeutenden Akteur in der weltweiten EZ ist es umso wichtiger, neue Möglichkeitsräume für Aushandlungs- und Verständigungsprozesse zu schaffen, indem etwa eine stärkere Rolle in der Koordinierung europäischer Entwicklungspolitik eingenommen wird. Damit ist nicht zwangsläufig ein neuer Finanzbedarf verbunden. Allein das Bündeln von bereits vorhandenen Ressourcen und eine bessere Koordination können einen wichtigen Beitrag leisten.

Dies ist umso wichtiger in einer Zeit, in der es in den letzten beiden Dekaden zu einer weltweiten Diversifizierung von EZ-Gebern und Partnern gekommen ist. Neben die im DAC zusammengeschlossenen westlichen Länder rücken Führungsmächte des Globalen Südens wie China, Brasilien, Indien, aber auch die arabischen Golfstaaten oder die Türkei. In ihrer EZ ist für diese Akteure die Bezugnahme auf Süd-Süd-Kooperation von zentraler Bedeutung. Eine Rolle spielt für viele unter ihnen ihre Identität als vormals kolonisierte Staaten des Globalen Südens und als Empfänger von EZ-Leistungen. Für diese Akteure steht der Kooperations- gegenüber dem Hilfedanken im Vordergrund, einerseits um sich von den als paternalistisch wahrgenommenen DAC-Ländern abzugrenzen, andererseits um den unmittelbar (gegenseitigen) ökonomischen Nutzen von Kooperation herauszustellen.

Im Gegensatz zum traditionellen normativen Grundverständnis des DAC-Regimes ist für diese Akteure ein transaktionaler Ansatz kein Makel. Das Portfolio dieser neuen Geber konzentriert sich zumeist auf technische Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe oder Pakete aus Direktinvestitionen und Krediten unter starker Einbindung der Privatwirtschaft. Wenig Engagement gibt es bei der strukturellen Förderung der sozialen Infrastruktur (Gesundheit, Bildung), die seit den MDGs zur Priorität vieler DAC-Geber wurde.

Länder des Globalen Südens betreiben EZ oft mit weniger politischen Konditionalitäten

Während für einige EZ-Akteure aus dem Globalen Süden der direkte ökonomische Nutzen im Vordergrund steht, sind für andere politische Argumente von großer Relevanz. Hier lassen sich drei Aspekte unterscheiden. Erstens wird EZ oder humanitäre Hilfe dazu genutzt, um Dominanz oder Hegemonieansprüche im regionalen Umfeld zu untermauern. EZ ist dann Teil eines umfassenden außenpolitischen Portfolios und wird ergänzt durch kommerzielle und militärische Aktivitäten sowie andere Aspekte von soft power oder religiöser Einflussnahme. Beispiele hierfür sind Saudi-Arabien und die Türkei im Nahen und Mittleren Osten oder Länder am Horn von Afrika. EZ-Leistungen sind dabei stark auf die Nachbarländer konzentriert. Die Türkei hat ihre Rolle als Geber internationaler Entwicklungs- und humanitärer Hilfe in den letzten Jahrzehnten deutlich verstärkt. Im Jahr 2024 belief sich die gesamte ODA der Türkei auf 7,4 Mrd. US-\$ oder 0,56 % des BNE, auch wenn ein Großteil hiervon für syrische Flüchtlinge im eigenen Land aufgewendet wurde → **22**. Allerdings ist auch die türkische Entwicklungshilfe seit 2020 rückläufig und kann daher entstehende Finanzierungslücken durch den finanziellen Rückzug von DAC-Ländern nicht schließen.

EZ-Leistungen werden zweitens eingesetzt, um eine Führungsrolle für den Globalen Süden auf globaler Ebene zu beanspruchen. Dies gilt sowohl für Brasilien als auch für China → **28**. Für China geht es auch darum, Mehrheiten aus dem Globalen Süden in den VN abzusichern, um Kritik an der Menschenrechtssituation im eigenen Land abzuwehren.

28 Chinas Entwicklungszusammenarbeit

Chinas Ansatz der globalen EZ segelt unter der Flagge der Süd-Süd-Kooperation und wird als Partnerschaft auf Augenhöhe präsentiert. Die chinesischen Programme sind dabei nicht an politische Konditionen (wie Demokratie) geknüpft. Seit Chinas Proklamation der Neuen Seidenstraße (2013) wurden zahlreiche Absichtserklärungen für neue Mega-Infrastrukturprojekte unterzeichnet, wovon allerdings nur ein Teil realisiert worden ist. Vor 2013 wurden die für Infrastrukturprojekte erforderlichen Kredite und Darlehen primär über Chinas Entwicklungsbanken bereitgestellt; in den vergangenen Jahren haben vermehrt chinesische Geschäftsbanken ihre EZ-Aktivitäten ausgebaut. Die chinesischen Beihilfen für

Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen lagen zwischen 2013 und 2023 relativ konstant bei etwa 0,8 Mrd. US-\$. Die geleisteten Kredite sind deutlich höher, unterliegen jedoch auch größeren Schwankungen. Den Höchststand erreichten die Kredite an Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen 2017 mit einem Gesamtvolumen von 86,6 Mrd. US-\$, sanken jedoch bis 2023 deutlich auf 19,1 Mrd. US-\$ (→ Parks et al. 2025). Zunehmend zeichnet sich ab, dass chinesische Kredite besichert werden, wobei oftmals die Einnahmen aus den Rohstofflösen der Empfängerländer oder der Zugang zu Ressourcen als Absicherung dienen. Für internationale Kritik sorgen die Vertraulichkeitsklauseln der Verträge.

In der chinesischen Außen- und Entwicklungspolitik lässt sich drittens, in den letzten Jahren verstärkt beobachten, dass EZ zur Propagierung des eigenen Entwicklungsmodells eingesetzt wird. Hierbei wird suggeriert, dass chinesische Lösungen besser an die Bedarfe des Globalen Südens angepasst sind als die menschenrechtsorientierte EZ der OECD-Staaten. Ein wichtiger Baustein ist die von China propagierte Idee, Frieden könne nur durch ‚developmental peace‘, verstanden als Wirtschaftswachstum, erreicht werden und nicht durch strukturelle Krisenprävention oder menschliche Sicherheit.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die globale EZ steht vor einschneidenden Entscheidungen: Entweder sie verliert an Bedeutung – oder sie erfindet sich politisch und institutionell neu. Gründe hierfür sind die veränderten Prioritäten vieler Geber, zusätzliche Aufgaben der vergangenen Jahre sowie ein deutlicher Rückgang finanzieller Zusagen nahezu aller Geberländer. Ein externer Retter ist nicht in Sicht – auch nicht nach dem angekündigten Rückzug der USA aus zentralen Rollen. Vor diesem Hintergrund lassen sich zwei Szenarien skizzieren.

Im negativen Szenario setzen sich die Kürzungen fort und verschärfen sich. EZ wird zum Instrument einer national definierten Interessenpolitik. Zugleich verbreitet sich in der internationalen Gemeinschaft die Wahrnehmung, der eigene Beitrag sei zu klein, um einen Unterschied zu bewirken. Diese Erwartung kann weitere Kürzungsspiralen auslösen und die Handlungsfähigkeit von EZ weiter untergraben. Für die deutsche EZ würde dies neben zusätzlichen finanziellen Einbußen insbesondere einen Verlust an Gestaltungsspielraum bedeuten – mit Folgen für Prävention, Stabilisierung und langfristigen Wiederaufbau. Konsequenzen für lokale Gemeinschaften sind unter anderem wegfallende Basisdienstleistungen im Bereich Gesundheit und Ernährung sowie erhöhtes Konfliktrisiko. Die normative Dimension von EZ verschwindet.

Im positiven Szenario werden Kürzungen ebenfalls Realität, doch politischer Wille eröffnet Möglichkeitsräume, in denen gemeinsam strategische Priorisierungen für eine Neugestaltung globaler EZ ausgehandelt und umgesetzt werden. Dazu sind Partner notwendig, mit denen sich im Sinne eines strategischen Pluralismus neue Koalitionen bilden lassen – mindestens auf der EU-Ebene, darüber hinaus mit interessierten Mittelmächten (z. B. Kanada, Japan), aber auch mit Ländern mittleren Einkommens, die mit eigenen Mitteln Entwicklungsprozesse gestalten können. Im Mittelpunkt stünden die Bündelung finanzieller Ressourcen und Expertise sowie eine arbeitsteilige Verantwortungsübernahme unter gleichgesinnten Akteuren. EZ kann hierbei als Hebel für kollektive Sicherheit im Sinne nachhaltigen Friedens wirken.

Inhaltlich würde dieses Positivszenario von der deutschen Politik verlangen, über den BMZ-Reformplan hinauszugehen – insbesondere mit Blick auf die Friedensdimension, die auch im deutschen Eigeninteresse liegt. Ein Schwerpunkt wie in der reformierten BMZ-Strategie auf die Post-Konflikt-Situationen in Syrien, der Ukraine und perspektivisch Gaza greift zu kurz, wenn Frieden und Gewaltprävention als Querschnittsaufgabe global verstanden werden.

Zudem droht das Ziel einer auf nachhaltigen Frieden gerichteten EZ zu scheitern, wenn sich die Bundesregierung – wie auch andere – aus einer Förderung humanitärer Hilfe zurückzieht, ohne tragfähige Übergänge zu schaffen. Notwendig ist vielmehr, die Schnittstellen zwischen humanitärer Hilfe und EZ systematisch zu stärken, um Abhängigkeiten von kurzfristiger Nothilfe zu reduzieren und den Aufbau resilienter Strukturen zu beschleunigen.

Autor:innen

Milena Berks, M.A.

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies

Dr. Claudia Breitung

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies

Prof. Dr. Christof Hartmann

INEF – Institut für Entwicklung und Frieden

Dr. Teresa Hummler

Universität Duisburg-Essen

Lucas Kori Leonhard, M.A.

PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

Marie Müller-Koné, M.A.

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies

Prof. Dr. Dr. Nele Noesselt

Universität Duisburg-Essen

Carolin Rosenberg, M.A.

INEF – Institut für Entwicklung und Frieden

Dr. Cornelia Ulbert

INEF – Institut für Entwicklung und Frieden

Prof. Dr. Johannes Vüllers (Koordination)

INEF – Institut für Entwicklung und Frieden,

Universität Duisburg-Essen

Dr. Carmen Wunderlich (Koordination)

INEF – Institut für Entwicklung und Frieden

Quellenverzeichnis

- BMI* 2025: Factsheet Peacekeeping, in: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2025/peacekeeping-factsheet.pdf?__blob=publicationFile&v=3; 25.02.2026.
- BMZ* 2026: Zukunft zusammen global gestalten, in: <https://www.bmz.de/de/ministerium/grundsaeetze-ziele/zukunft-zusammen-global-gestalten-282480>; 25.02.2026.
- da Silva, Andrea Ferreira/Anderle, Rodrigo Volmir Rezende/Barreix Sibils, Gonzalo/Ferreira de Sales, Lucas de Oliveira/Pena, Daiana/Monti, Caterina/Garcia Vaz, Claudia/Santa-Ramírez, Hugo-Alejandro/Dos Santos de Jesus, Gabriela/Medeiros Cavalcanti, Daniella/Nhacolo, Ariel/Macicame, Ivalda/Bassat, Quique/Rasella, Davide* 2026: Impact of Two Decades of Humanitarian and Development Assistance and the Projected Mortality Consequences of Current Defunding to 2030: Retrospective Evaluation and Forecasting Analysis, in: *The Lancet Global Health* (online first), DOI: [http://doi.org/10.1016/S2214-109X\(26\)00008-2](http://doi.org/10.1016/S2214-109X(26)00008-2).
- Faust, Jörg* 2025: Entwicklungszusammenarbeit. Strukturen, Wirksamkeit, Reformbedarf, in: *APuZ* 75: 50–51, 10–16.
- Fiedler, Charlotte/Lorch, Jasmin/Mross, Karina/Leininger, Julia* 2026: Entwicklungszusammenarbeit als Konfliktprävention? Was die Forschung sagt, IDOS Policy Brief 4/2026, Bonn.
- Institute for Health Metrics and Evaluation (IHME)* 2025: Financing Global Health 2025: Cuts in Aid and Future Outlook, Seattle, WA.
- Klingebiel, Stephan/Sumner, Andy* 2025: Entwicklungspolitik in der neuen Weltunordnung, in: *APuZ* 75: 50–51, 29–35.
- Lilja, Jannie/Lindé, Tobias/Ahmad, Abeer S./Milante, Gary* 2025: Foreign Aid Composition and Sustaining Peace After War, in: *Journal of Peacebuilding & Development* 20: 3, 325–345.
- McKoy, Jillian* 2025: Tracking Anticipated Deaths from USAID Funding Cuts. Boston University School of Public Health, in: <https://www.bu.edu/sph/news/articles/2025/tracking-anticipated-deaths-from-usaid-funding-cuts/>; 25.02.2026.
- Nielsen, Richard/Findley, Michael/Davis, Zachary/Candland, Tara/Nielson, Daniel* 2011: Foreign Aid Shocks as a Cause of Violent Armed Conflict, in: *American Journal of Political Science* 55: 2, 219–232.
- OECD* 2023: Peace and Official Development Assistance, OECD Development Co-operation Working Papers 37., in: *Peace and Official Development Assistance* 37 (online first), DOI: 10.1787/fccbfcc-en.
- OECD* 2026: Official Development Assistance (ODA), in: <https://www.oecd.org/en/topics/official-development-assistance-oda.html>; 20.01.2026.
- Parks, Bradley C./Escobar, Brooke/Walsh, Katherine/Zhang, Sheng/Fedorochko, Rory/Vlasto, Lydia/Sickell, Julie/Miao, Sailor/Bury, Emma/Zimmerman, Jacqueline/Custer, Samantha/Dreher, Axel/Franz, Lukas/Fuchs, Andreas/Horn, Sebastian/Malik, Ammar A./Reinhart, Carmen M./Strange, Austin/Tierney, Michael J./Trebesch, Christoph* 2025: Tracking Loans and Grants from China to Low-, Middle-, and High-Income Countries: An Application of AidData's TUFF 4.0 Methodology, Williamsburg, VA: AidData at William & Mary.
- Tan, Annabelle/Amarasinghe, Ashani/Ubilava, David* 2026: Aid, Interrupted: Conflict Dynamics Following the USAID Suspension in Africa. Working Paper, in: https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=6097746; 20.01.2026.
- US-Außenministerium* 2025: America First Global Health Strategy, in: <https://www.state.gov/america-first-global-health-strategy>; 18.02.2026.

Abbildungen / Grafiken / Tabellen

19 /72

ODA nach DAC Mitgliedern (2024)

OECD 2026: Official Development Assistance (ODA), in: <https://www.oecd.org/en/topics/official-development-assistance-oda.html>; 20.01.2026.

20 /73

Entwicklung der weltweit empfangenen ODA im Gesundheitsbereich

OECD 2026: Official Development Assistance (ODA), in: <https://www.oecd.org/en/topics/official-development-assistance-oda.html>; 20.01.2026.

22 /74

ODA, andere offizielle bilaterale Geber (2024)

OECD 2026: Official Development Assistance (ODA), in: <https://www.oecd.org/en/topics/official-development-assistance-oda.html>; 20.01.2026.

23 /75

Deutschlands Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe

BMF 2026: Bundeshaushalt digital, in: <https://www.bundeshaushalt.de/DE/Bundeshaushalt-digital/bundeshaushalt-digital.html>; 20.01.2026.

24 /81

Das fehlende P im HDP-Nexus

OECD 2025: States of Fragility 2025 (online first), S. 128, DOI: 10.1787/81982370-en.